

Petersberger Industriedialog: Made in Germany hat Chancen: Aber woher kommen die Fachkräfte und kostengünstige Rohstoffe?

Horst Gabriel, Geschäftsführender Gesellschafter Ernst Ludwig Emde GmbH & Co KG, Solingen; Vorsitzender des DIHK-Ausschuss für Industrie und Forschung, Stand: 18. Mai 2011

Ansprechpartnerin im DIHK in Berlin: Dr. Susanne Lechner,
lechner.susanne@dihk.de, Tel: 030 20 30 8 1511

- Meine Damen und Herren: Als Unternehmer sind wir bei unseren Geschäften nicht nur auf unser Know-How angewiesen, sondern brauchen zwei ganz wichtige Bausteine: Gut ausgebildetes Personal und natürlich Rohstoffe für unsere Produktion.
- Die Unternehmen in Deutschland haben zunehmend Schwierigkeiten, ihre offenen Stellen mit gut qualifizierten Fachkräften zu besetzen. Laut einer DIHK-Umfrage vom August 2010 hatten nur 30 Prozent der Betriebe keinerlei Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung. In den kommenden fünf Jahren erwartet rund jedes zweite Unternehmen einen Fachkräftemangel.
- Der Akademiker- und Ingenieurmangel ist vor dem Hintergrund steigender Auslastung der Unternehmen wieder in aller Munde. Doch der Blick nur allein auf diesen Bereich wäre verengt, denn auch bei anderen Qualifikationsniveaus zeigen sich Engpässe. Offene Stellen für Absolventen mit Bachelor- bzw. FH-Abschluss können derzeit 52 Prozent der Unternehmen nicht oder teilweise nicht besetzen. Ähnlich sieht es bei Master- und Universitätsabsolventen aus: Insgesamt 50 Prozent der Betriebe berichten von generellen oder teilweisen Schwierigkeiten, ihre Vakanzen zu besetzen. Auch bei dualen Berufsabschlüssen und insbesondere bei Weiterbildungsabschlüssen suchen viele Unternehmen zum Teil vergeblich.
- Seit mehreren Wochen suche ich Einrichter für meine Stanzautomaten, lange Zeit vergebens. Nicht einmal die Zeitarbeit hat Angebote. Der konjunkturelle Aufschwung, der auch mein Unternehmen erfreulich gut auslastet, kann von uns somit kaum gestemmt werden. Wir haben schon großen Ärger mit den Kunden wegen unserer Kapazitätsengpässe. Der Fachkräftemangel wird mittlerweile von nahezu jedem dritten Unternehmen als Risiko für die eigene Geschäftsentwicklung gesehen, vor Jahresfrist waren es nur 16 Prozent.
- Eine wesentliche Ursache für die zunehmenden Fachkräfteengpässe ist die demografische Entwicklung. Bereits heute sinkt die Zahl der Schulabgänger – regional in unterschiedlichem Ausmaß –, so dass viele Betriebe Probleme haben,

alleine schon ihre Lehrstellen zu besetzen. In den kommenden 20 Jahren sinkt das Arbeitskräfte-potenzial um mehr als 6 Mio. Menschen.

- Welche Maßnahmen können wir Unternehmer verfolgen, um dem Fachkräftemangel vorzubeugen? Die im Sommer letzten Jahres durchgeführte DIHK Unternehmensbefragung zum Thema Fachkräftesicherung hat gezeigt, dass 51 Prozent der Unternehmen, die bereits vom Fachkräftemangel betroffen sind oder einen solchen künftig erwarten, mit vermehrter Weiterbildung gegensteuern wollen. Mehr als jedes Dritte plant eine Ausweitung der Ausbildungsangebote. Auch mit geeigneten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen die Unternehmen Fachkräfte binden. 34 Prozent planen eine Ausweitung der entsprechenden Angebote. Die stärkere Arbeitsmarkt-integration Älterer stellt ebenfalls eine Maßnahme zur Linderung des Fachkräftemangels dar. Deren Wissen und Qualifikationen müssen den Betrieben möglichst lange erhalten bleiben und auch an jüngere Kollegen weitergegeben werden.
- Ich habe auch im letzten Jahr zwei Mitarbeiter über fünfzig eingestellt. Fachkräfte, die von ehemals guten, jetzt aber insolventen Marktteilnehmern (Wettbewerbern) kamen. Die beiden sind inzwischen die Stützen meines Werkzeugbaus. Und das nicht nur aufgrund Ihrer Erfahrung und Kenntnisse, sondern auch wegen ihrer souveränen Art im Umgang mit den Kollegen.
- Die Politik muss ihren Beitrag dazu leisten, die positive Arbeitsmarktentwicklung zu stabilisieren aber auch die Fachkräftebasis zu sichern. Dies gilt – trotz bereits erkennbarer positiver Entwicklung – für Ältere und für Eltern. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 67 Jahre darf nicht in Frage gestellt werden. Die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ebenso wichtig wie Aus- und Weiterbildung. Zur besseren Integration ausländischer Fachkräfte bedarf es ferner eines vereinfachten und transparenten Verfahrens zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse.
- Die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte muss Bestandteil eines Gesamtkonzeptes zur Fachkräftesicherung sein. Kurzfristig sollte die Bruttoeinkommensgrenze zur Niederlassung Hochqualifizierter auf 40.000 € abgesenkt werden. Die Vorrangprüfung sollte entfallen – zumindest bei Mangelberufen.
- Auch ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen muss der Arbeitsmarktzugang weiter erleichtert werden. Mittelfristig sollte eine gezielte und flexible Zuwanderungssteuerung über ein Punktesystem etabliert werden, das Kriterien wie Qualifikation, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse erfasst. Zusätzlich sollte im Ausland stärker für den Arbeits- und Studienort Deutschland geworben werden. Die EU-Freizügigkeit seit 1. Mai 2011 eröffnet neue

Arbeitskräftepotenziale, die nicht durch zusätzliche Regulierungen beschränkt werden sollten.

- Der zweite Hemmschuh unserer Konjunktorentwicklung neben den Fachkräften sind die Rohstoffe. Ohne sie kann keine Produktion stattfinden. Seit geraumer Zeit steigen die Preise für Industrierohstoffe an. Die sichtlich belebte Weltkonjunktur, der steigende Ressourcen hunger der Industriestaaten, der Bedarf schnell wachsender Schwellenländer und die beschränkte Ausfuhr knapper Rohstoffe, aber auch die Aktivitäten von Spekulanten erhöhen die Preise. Zudem machen sich die unsicheren Entwicklungen in Arabien, Nordafrika und Libyen auf dem Erdölmarkt bemerkbar. Das hat die Preise zusätzlich nach oben getrieben. Auch seltene Erden und andere wichtige Agrar- und Industrierohstoffe haben sich im letzten Jahr sprunghaft verteuert. Die Preise für Kupfer, Baumwolle und Kaffee haben im Februar bzw. März bis dahin unbekannte Höhen erreicht.
- Zur Zeit haben wir zwar gerade einen Absturz der Preise von 30 % bei Silber, Kupfer und Erdöl gesehen. Aber auch wenn die Deutsche Bank schon unkt, ob das wohl die Trendwende der Konjunktur sei, das war nur der Fluch der Spekulation mit dem Computer. Aufgrund einer Gewinnmitnahme haben alle Rechner untere Grenzwerte erreicht, die technische Verkäufe erzeugten. Das war auch schon alles, mittlerweile steigen die Preise wieder. Aber selbst wenn sich die Preise auf dem etwas niedrigeren Niveau hielten, kämen auf die deutsche Wirtschaft Mehrbelastungen in Milliardenhöhe zu. Da hilft uns nur etwas der starke Euro, denn er drückt unsere Importrechnung, weil insbesondere die Rohstoffimporte überwiegend in Dollar bezahlt werden.
- Die Preissprünge betreffen die komplette Palette der Rohstoffe und belasten damit Unternehmen verschiedenster Branchen. Nicht nur das Tanken wird mit steigenden Mineralölpreisen teurer, auch Fluglinien haben Preiserhöhungen angekündigt. Steigende Baumwollpreise belasten die Bekleidungs- und Textilhersteller. Die Lebensmittelbranche kämpft mit dem Anstieg für Agrarrohstoffe. Nur einen Teil davon können die Unternehmen an die Verbraucher weitergeben. Der Großteil geht zulasten ihrer Margen – Mittel, die für weitere Investitionen und Beschäftigungsaufbau fehlen. In der aktuellen Konjunkturumfrage des DIHK nennen die Unternehmen steigende Energie- und Rohstoffpreise als ihr Hauptkonjunkturrisiko.
- Wir beobachten mit Sorge, dass sich neben der Preisentwicklung auch die Verfügbarkeit und die abnehmende Planungssicherheit zuspitzen: Immer mehr Rohstoffanbieter schließen Verträge für kürzere Zeiträume ab. Wir Zulieferer müssen deshalb auch unsere Preise in kürzerer Frequenz anpassen. Im vergangenen Jahr haben mir persönlich die Rohstoffpreise das Ergebnis verhaselt. Clever wie ich bin, hatte ich überall dort, wo ich Jahrespreise abgeschlossen hatte, das entsprechende Material gekauft oder zumindest

gehedgt. So weit, so gut. Dann aber ging der Absatz unerwartet hoch, und ich musste zum Ende des Jahres zum hohen Preis nachkaufen. Konsequenz: In diesem Jahr vereinbare ich nur noch Quartalspreise, die sich jeweils zum nächsten Quartal an die Material-Grundpreise der Londoner Börse anpassen. Nur so kann ich bei laufenden Aufträgen überleben.

- Was kann man außerdem noch tun? Wir sind ja Unternehmer, nicht Unterlasser. Das Rohstoffproblem erzeugt einen hohen Handlungsdruck in der Wirtschaft. Eine DIHK-Umfrage zur Rohstoffversorgung zeigt, wie aktiv die Unternehmen der Rohstoffklemme begegnen: Über 70 Prozent der Industrieunternehmen optimieren ihr Ressourcenmanagement. Fast 40 Prozent der Industrieunternehmen suchen nach Rohstoffsubstituten. Die Hälfte der Industrieunternehmen will verstärkt Forschung und Entwicklung betreiben, um den Ressourceneinsatz im Unternehmen zu verbessern. Dabei produziert die deutsche Industrie im internationalen Vergleich bereits besonders ressourceneffizient. So konnte die Rohstoffproduktivität von 1994 bis 2008 um rund 40 Prozent gesteigert werden.
- Wir haben bei Emde schon früh begonnen, alle Rohstoffe und Vormaterialien im Kreislauf zu verwenden. Selbst die Stanzöle werden von unseren Produkten über Abscheider und Zentrifugen in die Maschinen zurückgeführt und müssen nicht mehr über Entfettungsanlagen abgewaschen werden. Das schont die Umwelt und das Portemonnaie.
- Neben unserem Engagement als Unternehmer brauchen wir von Seiten der Politik flankierende Maßnahmen – und zwar auf nationaler und europäischer Ebene. Dazu zählt insbesondere die handelspolitische Absicherung des Rohstoffbezugs. Die Versorgung der Wirtschaft mit knappen Rohstoffen muss in erster Linie durch offene Weltmärkte sichergestellt werden – ein Top-Thema für die multilateralen Welthandelsrunden. Der freie Zugang zu Rohstoffen gehört auch auf die Tagesordnung bilateraler Regierungsgespräche. Die EU erwägt im Übrigen bereits eine Klage vor der Welthandelsorganisation gegen Chinas Exportbeschränkungen für Seltene Erden.
- Langfristig kann auch eine stärkere Förderung von Forschung und Technologie helfen. Das Betätigungsfeld im Bereich Forschung und Entwicklung ist groß: Neben der Substitutenfindung für bestimmte Rohstoffe zählen auch neuartige Beschaffungsmethoden dazu – ich nenne da nur das Stichwort Explorationsforschung. Dem neu gegründeten und von der Bundesregierung geförderten Institut für Ressourcentechnologien in Freiberg eröffnen sich hier viele Handlungsfelder. Das Institut soll das nationale Zentrum für die Erforschung und Entwicklung von Technologien für die Sicherung der Versorgung der deutschen Wirtschaft mit mineralischen und metallhaltigen Rohstoffen werden.

- Das Thema der Rohstoffversorgung hat auf der politischen Agenda bereits einen hohen Stellenwert. Die Bundesregierung hat im Oktober 2010 ihre Rohstoffstrategie vorgestellt, die der Bekämpfung von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen eine hohe Priorität einräumt. Auf europäischer Ebene diskutiert die Europäische Kommission Maßnahmen wie internationale Rohstoffverhandlungen und eine effiziente Ressourcennutzung.
- In einer wachsenden Welt mit großer industrieller Dynamik führt aber auch an der Erschließung neuer Rohstoffvorkommen kein Weg vorbei. So ist es folgerichtig, dass die Europäische Kommission den Rohstoffabbau innerhalb der EU wieder stärker ins politische Blickfeld rückt. Dies wird am Ende jedoch nur erfolgreich sein, wenn gesetzliche Rahmenbedingungen für die Flächennutzung, wie zum Beispiel Genehmigungsverfahren, angepasst werden. Dabei ist es besonders wichtig, aktiv die Akzeptanz in der Bevölkerung für solche Vorhaben zu gewinnen. Gegen den Bürger werden wir hier nichts erreichen.
- Soweit mein kurzer Vortrag, meine Damen und Herren: Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.